

Im Difu-Dialog werden anhand der Ergebnisse der Evaluierung der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften die Potenziale der Zusammenarbeit zwischen Wohnungsgenossenschaften und Kommunen dargestellt und diskutiert, welche Rolle öffentliche Wohnungsunternehmen im Spagat zwischen Renditeerwartungen und öffentlichem Versorgungsauftrag spielen können.

## 9. März 2011

### Wege zu einer nachhaltigen Wertstoffwirtschaft – zum Umgang mit schadstoffhaltigen Abfällen wie Energiesparlampen und FCKW-haltigen Kühlgeräten

Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln, Difu

Immer noch fallen in Privathaushalten große Abfallmengen mit potenziell schädlichen Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt an. Hierbei geht es beispielsweise um Energiesparlampen, die Quecksilber oder Kühlgeräte, die FCKW enthalten. Damit Gesundheits- und Umweltschäden vermieden werden, müssen diese anfallenden Stoffströme kanalisiert und möglichst in einen geschlossenen Kreislauf gebracht werden. Dabei können die gefährlichen Bestandteile in einer geordneten Behandlung entfernt und andere Bestandteile vorzugsweise wiederverwendet werden.

Besonders wichtig für einen erfolgreich funktionierenden Stoffkreislauf – Sammlung, Recycling und Rückführung – ist die umfangreiche Erfassung der potenziell gefährlichen Stoffströme. In der Vergangenheit zeigte sich, dass einerseits bei Bürgerinnen und Bürgern nicht immer bekannt ist, wie mit diesen Abfällen umgegangen werden soll und andererseits, dass Verbesserungen organisatorischer Art möglich und wünschenswert sind.

Im Difu-Dialog wird auf Probleme bei der Sammlung dieser schadstoffhaltigen Gegenstände – wie z.B. Energiesparlampen oder FCKW-haltige Kühlgeräte – eingegangen, zudem werden Optimierungsvorschläge diskutiert.

Die jährlich im „Wintersemester“ angebotene Vortrags- und Dialogreihe widmet sich – jeweils anhand verschiedener Themen – der „Zukunft der Städte“. Es werden neue Erkenntnisse zur Debatte gestellt und diskutiert. Je nach Thema setzt sich dieser – meist aus dem Raum Berlin-Brandenburg kommende – Kreis fachkundiger Teilnehmer aus Bundes- und Landesverwaltungen, Bezirksämtern, Stadtverwaltungen, Medien und anderen öffentlichen und privaten Einrichtungen unterschiedlich zusammen. Der erste Teil der Veranstaltung dient der Präsentation des jeweiligen Themas, der zweite der offenen Diskussion. Anschließend besteht die Möglichkeit, das Gespräch am Stehtisch fortzusetzen.

### Ort und Zeit

Difu, Zimmerstraße 15, 10969 Berlin. Start: 17 Uhr.

### ÖPNV

U-Bahn: Kochstraße oder Stadtmitte; Busse: M 29, M 48

S-Bahn: Anhalter Bhf., Potsdamer Platz

### Anmeldung und weitere Informationen

Anmeldung erbeten, Teilnahme gebührenfrei

Telefon: 030/39001-208/209, Telefax: 030/39001-130

E-Mail: [schmidt@difu.de](mailto:schmidt@difu.de), Internet: <http://www.difu.de>



# Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

## Programm 2010/2011



## 6. Oktober 2010

### Rekommunalisierung – neue alte Wege der öffentlichen Daseinsvorsorge

*Ass. iur. Stefanie Hanke, Difu*

*Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volksw. Jens Libbe, Difu*

Derzeit gibt es in einigen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge eine Rekommunalisierungs-Bewegung. So wurde auch im Land Berlin eine „Arbeitsgruppe Rekommunalisierung“ eingerichtet, die sich insbesondere mit den Bereichen Wasser, Strom, Gas und Nahverkehr befasst. Hauptargument für eine Rekommunalisierung ist, dass man bestimmten öffentlichen Kernaufgaben besser gerecht wird, wenn sie in öffentlicher Regie durchgeführt werden. Unter Rekommunalisierung wird dabei nicht immer dasselbe verstanden. Der Begriff umfasst das Spektrum von einer nur begrenzten Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf private oder teilprivatisierte Unternehmen bis hin zur umfangreichen Rückübertragung von Aufgaben, die künftig mit eigenen Sach- und Personalmitteln wahrgenommen werden.

Im Difu-Dialog werden die fachlichen Begründungen für unterschiedliche Organisationsformen der Leistungserbringung erörtert und das Pro und Contra der Rekommunalisierung betrachtet. Zudem werden die Bedingungen erläutert, welche im Einzelfall und in unterschiedlichen Sektoren für oder gegen eine Rekommunalisierung sprechen können. Einen wesentlichen Aspekt bilden hierbei auch die rechtlichen Hürden und deren Bewältigung. Der Vortrag wird jeweils anhand aktueller Beispiele veranschaulicht, die sicherlich zur Diskussion anregen werden.

## 16. November 2010

### Zukunftsfähige Verwaltung – Umsetzungskonsequenzen für die „ServiceStadt Berlin 2016“

*Dipl.-Kfm. (FH) Stefan Schneider, Dipl.-Volksw.*

*Rüdiger Knipp, Difu*

Die Serviceangebote von Verwaltungen müssen stets an die Veränderungen technologischer, ökonomischer, demografischer und gesellschaftlicher Art angepasst werden. Das Difu und das Land Berlin formulierten in den Jahren 2008 und 2009 im Rahmen des Projekts „ServiceStadt Berlin 2016“ Empfehlungen für ein verändertes Vorgehen, das die strategische Weiterentwicklung

der Verwaltungsleistungen unterstützen soll. Diese Empfehlungen wurden in einem Nachfolgeprojekt von Mitarbeitern des Difu und des Berliner Bezirksamts Marzahn-Hellersdorf weiterentwickelt, gleichzeitig wurden viele Maßnahmen für die praktische Umsetzung benannt.

Im Difu-Dialog werden die Ergebnisse des Projekts vorgestellt und Konsequenzen für die Umsetzung der Empfehlungen dargestellt. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage der Übertragbarkeit sowohl der Ergebnisse als auch der Vorgehensweise auf andere Berliner Bezirke und weitere Kommunen.

## 8. Dezember 2010

### Nahmobilität in der Kommune – eine Chimäre oder neue Chancen auch in Metropolen?

*Dipl.-Geogr. Jörg Thiemann-Linden, Difu*

Ist die Stadt der kurzen Wege nur ein frommer Wunsch von Stadtplanern? Es zählt seit Jahrzehnten zur Moderne, den Alltag nicht mehr in der Nähe zur Wohnung zu organisieren, sondern sich aus weit entfernten Standorten seine persönliche Metropole à la carte zusammen zu stellen, verbunden durch schnelle Straßen und Pkw-Besitz. Gesellschaftliche Trends wie urbane Lebensstile in der jüngeren Generation, das neue politische Interesse an der Nahmobilität zu Fuß und mit dem Fahrrad sind ermutigende Zeichen für die Wiederentdeckung der Nähe. Durch die Substitution von Pkw durch Radverkehr werden mehrere Stadtentwicklungsziele gleichzeitig erreicht. Aber können anspruchsvoll gestaltete öffentliche Räume und eine sozial akzeptierte Mobilität ohne eigenes Auto die „Landkarte im Kopf“ auf Dauer verändern? Aus Metropolen weltweit, bisher auf Stau und Fernerreichbarkeit fixiert, werden neue bemerkenswerte Projekte vorgestellt und im Dialog diskutiert.

## 12. Januar 2011

### Elektromobilität – Hype oder realistische Chance? Voraussetzungen und Risiken

*Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, Ass. iur. Stefanie Hanke, Dipl.-Geogr. Anne Klein-Hitpaß; Difu*

Ohne „Elektromobilität“ kommt derzeit keine Diskussion über die Entwicklung der Mobilität aus. Elektromobilität

gilt als Hoffnungsträger für den Verkehr, insbesondere in Städten und Ballungsräumen. Für eine erfolgreiche Einführung spielen Kommunen, Verkehrs- und Elektrizitätsunternehmen sowie die kommunalen Verkehrsverbände eine Schlüsselrolle.

Damit aus dem derzeitigen „Hype“ um die Elektromobilität tatsächlich eine realistische Chance für einen zukunftsfähigen und elektrisch betriebenen Stadtverkehr erwachsen kann, müssen nicht nur die immer stärker individualisierten Mobilitätsbedürfnisse berücksichtigt, sondern auch neue Infrastrukturen aus Stromnetzen, Ladestationen und Stellplätzen geschaffen werden. In diesem Zusammenhang sind bau- und straßenrechtliche Fragen und gegebenenfalls auch Rechtsänderungsbedarf zu diskutieren, z.B. hinsichtlich der „Ladestellplätze“ für Elektrofahrzeuge im öffentlichen Raum.

Der Vortrag versucht Antworten zu finden und in der anschließenden Diskussion zu einer Einschätzung zu gelangen, wie viel „Hype“ und wie viel „Chance“ und „Risiko“ in dieser möglichen Entwicklung liegen.

## 16. Februar 2011

### Wohnungsgenossenschaften und -baugesellschaften – Partner der Kommunen in der Stadtentwicklung

*Dipl.-Kfm. Frank Bielka, Staatssekretär a. D. (degewo Berlin), Dr. rer. pol. Stephanie Bock, Dipl.-Geogr. Gregor Jekel; Difu*

Umfangreiche Privatisierungen öffentlichen Wohnungsbestands, ein wachsender Anteil von Wohnungseigentümern mit kurzfristigen Renditezielen, auslaufende Belegungsbindungen und die knapper werdenden Ressourcen der öffentlichen Hand im Bereich der Wohnraumversorgung ziehen tief greifende Veränderungen des Wohnungsmarktes in Deutschland nach sich. Eine wichtige Folge sind die schwindenden Möglichkeiten der Kommunen zur Steuerung der örtlichen Wohnungsmarktentwicklung. Vor diesem Hintergrund verstärkt die kommunale Wohnungspolitik ihre Suche nach Partnerschaften. Im Fokus stehen dabei insbesondere die ehemals gemeinnützigen genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsunternehmen.